Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

124 (31.5.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10141.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 124 — Dienstag, den 31. Mai 1932 — 103. Jahrgang

Zum Rücktritt des Reichskabinetts

Am Montag um die Mittagsstunde hat Reichspräsident von Hindenburg den Rücktritt des Reichskabinetts, der in einer vorausgegangenen Sitzung des Kabinetts beschlossen worden war, angenommen. Der zweite Empfang des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten bestätigte die nichtssagende amtliche Verlautbarung über den Sonntagsbesuch Brünings bei Hindenburg. Es bestehen also Gegensätze der Auffassung über die politische Lage und über gesetzgeberische Maßnahmen und die Vertrauenserklärung Hindenburgs für das Gesamtkabinett war nicht zu erreichen. Das zweite Kabinett Brüning, das vom 7. Oktober 1931 an im Amte war — das erste Kabinett Brüning amtierte von Ende März 1930 bis Anfang Oktober 1931 — hat damit seinen Abschluß gefunden. Es war seit einigen Wochen deutlich, daß das Kabinett nicht mehr auf festen Füßen stand. Der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Warmbold, die Rücktrittserklärung Gröners von seinem Amt als Reichswehrminister u. a. mehr waren deutliche Anzeichen dafür, daß die Situation sich kritisch gestaltet hatte. Parlamentarisch hatte Brüning freilich noch vor Pfingsten im Reichstag eine Mehrheit von 30 Stimmen zusammengebracht, aber schon der Abschluß der vorpfingstlichen Reichstagssitzung (Zusammenstöße der Nationalsozialisten mit Dr. Klotz und Einmarsch der preußischen Polizei im Reichstag) sowie der unentwegte Ansturm der Opposition gegen das Kabinett machte die politische Lage für das Kabinett höchst unsicher. Sie hat sich verschärft durch weitere zu treffende Notmaßnahmen: die neue Notverordnung mit der vielbekämpften Beschäftigungssteuer, die Siedlungsfrage, bei der eine offene Meinungsverschiedenheit im Kabinett bestand, die Arbeitsbeschaffungsfrage, bei welcher der Reichsarbeitsminister auf der schematischen Durchführung der 40-Stunden-Woche bestand, die Finanzfragen, die viel zu lange hinausgezögert wurden u. a. mehr. Dabei hätte die Zuspitzung der Finanzlage in Reich, Ländern und vor allem in den Gemeinden durch die sich steigernden Kosten der Erwerbslosenfürsorge, was seit Monaten zu erkennen ist, schon längst zu entschlossenen Taten führen müssen. Aehnlich liegen die Dinge hinsichtlich der Arbeitsbeschaffung, wofür seit Jahren und Monaten Pläne und Maßnahmen verkündet werden, aber so gut wie nichts geschehen ist. Am meisten Aktivität entfaltete zweifellos der Reichskanzler selbst. Brüning hat sich außenpolitisch gut geschlagen, wenn auch die Erfolge nicht sichtbar sind. Er hat die furchtbare Kreditkrise im Sommer vorigen Jahres durch seine Konferenzen in Paris und London mit Hilfe des Hoover-Moratoriums meistern helfen, während man in Genf in der Abrüstungsfrage von Brüning eine deutlichere Sprache erwartet hatte.

Nun drängen die außenpolitischen Entscheidungen mit der schon in zwei Wochen beginnenden Konferenz in Lausanne. Deutschlands Haltung hat Brüning festgelegt, auch für ein kommendes Kabinett: Deutschland kann keinerlei Reparationen mehr bezahlen. Er ist der erste Kanzler, der dies offen und unzweideutig festgestellt hat. Man hat deshalb in den letzten Tagen wiederholt lesen können, daß auch in einem andersgearteten Kabinett Brüning wieder als Außenminister vertreten sein müßte. Das scheint fraglich zu sein.

Die Lösung der Kabinettskrise im Reich stellt aber die grundsätzliche Frage nach einem politischen Kurswechsel, die Frage nach Uebertragung der Regierungsbildung aus den Reihen der Oppositionsparteien, vornehmlich der Nationalsozialisten. Dies muß sich in den nächsten Tagen entscheiden. Nachdem die Nationalsozialisten bei den Länderwahlen überall zur stärksten Partei — in Oldenburg besitzen sie nach dem Ergebnis vom Sonntag allein die Mehrheit — angewachsen sind, wird ohne sie nicht regiert werden können. Die Lösung dieser Regierungskrise im Reich ist deshalb auch von weitreichender Bedeutung für die Bildung der Länderregierungen in Preußen, Bayern und Württemberg. Die innen- und außenpolitische Lage zeigt Spannungen in einem Maße, wie sie seit Jahren kaum zu verzeichnen waren. Die wirtschaftlichen Notstände und die riesige Arbeitslosigkeit führen zu Störungen, wie sie in den letzten Tagen aus dem Industriegebiet des Westens in Unruhen, Plünderungen und Tumulten zu verzeichnen sind. Die finanziellen Notstände auf allen Gebieten verschärfen die politische Situation. Stehen wir an einer Zeitenwende?

*

Wie es zu der Krise kam

Was wird werden?

Berlin, 30 Mai. Die Nachricht von dem Rücktritt des Reichskabinetts kommt den politischen Kreisen nicht mehr überraschend, nachdem bereits bekannt geworden war, **daß sich in der Sonntagsbesprechung zwischen dem Kanzler und dem Reichspräsidenten nicht die Möglichkeit einer weiteren fruchtbaren Zusammenarbeit bot. Angesichts der Volksstimmung, die eine stärkere Drehung der verantwortlichen Reichspolitik nach rechts wünscht, hielt der Reichspräsident eine neue Notverordnung auf der Basis eines Kabinetts Brüning nicht mehr für tragbar.** Diesen Eindruck von Hindenburgs Ansichten dürfte der Kanzler bereits in der Sonntagsbesprechung gewonnen haben, die ja übrigens auch nur von kurzer Dauer war. Damit hatte die heutige Kabinettssitzung, die um 11 Uhr begann, nur noch den Zweck, den offiziellen Rücktrittsbeschluß des Gesamtkabinetts herbeizuführen, den der Kanzler dem Reichspräsidenten in der Mittagsbesprechung überbringen konnte. In politischen Kreisen wird übrigens größter Wert auf die Feststellung gelegt, **daß zwischen dem Reichspräsidenten und dem Kanzler keine persönlichen Differenzen bestehen und daß die großen Verdienste Dr. Brünings gerade im Augenblick seines Rücktritts voll gewürdigt werden.** Das dürfte auch in dem Abschiedsschreiben des Reichspräsidenten an den Kanzler zum Ausdruck kommen. Auf der anderen Seite dürfte Dr. Brüning selber auf dem Standpunkt stehen, daß die Wahl für den Generalfeldmarschall von Hindenburg unter dem Gesichtswinkel geführt worden ist, eine starke und straffe Führung an der Spitze des Reiches zu sehen. Es ist selbstverständlich, daß er sich den Entscheidungen dieser Führung sofort unterordnet.

Die Entwicklung dieser Krise wird in unterrichteten Kreisen als unvermeidlich bezeichnet, nachdem während der Abwesenheit des Reichspräsidenten von Berlin von gewisser Seite keine Konsequenzen gezogen worden sind, die die personelle Seite der Kabinettsfrage hätten erleichtern können. Natürlich beschäftigt man sich jetzt vor allem mit dem Problem der Nachfolge. Fest steht bisher aber nur, **daß der Reichspräsident ein Kabinett berufen will, das seiner ganzen Struktur nach weiter rechts eingestellt ist.** Vollkommen ungewiß ist noch, wer der neue Kanzler sein wird. In der Oeffentlichkeit ist ja bereits eine Reihe von Namen genannt worden. Sie tauchen auch heute mittag wieder auf. Es scheint, daß die meisten Chancen für den Freiherrn von Gayl, den ostpreußischen Landwirtschaftsführer Brandes und für den Grafen Westarp vorhanden sind. Neben diesen personellen Fragen diskutiert man in politischen Kreisen auch die, wie das neue Kabinett im Reichstag eine Mehrheit finden wird. In diesem Zusammenhang wird natürlich auch die Möglichkeit einer **späteren Reichstagsauflösung** erörtert. Alle Zukunftsaussichten hängen jedoch zunächst von der Entscheidung ab, die der Reichspräsident über die Persönlichkeit des neuen Kanzlers trifft. Auf diesen Punkt ist im Augenblick das Hauptinteresse gerichtet, zumal man sich in allen politischen Kreisen darüber klar ist, daß die Kabinettskrise schon mit Rücksicht auf die dicht bevorstehende Lausanner Konferenz so bald wie möglich zum Abschluß gebracht werden muß.

Wie die Dinge liegen, ist übrigens nicht damit zu rechnen, daß Dr. Brüning dem neuen Kabinett als Außenminister angehören wird. Er sieht es vielmehr nur noch als seine Aufgabe an, sein Amt in die Hände des Reichspräsidenten zurückzulegen.

Die **Besprechungen des Reichspräsidenten** mit dem Reichstagspräsidenten und den Parteiführern haben natürlich zunächst in erster Linie **formale Bedeutung** und darüber hinaus nur den Sinn, den Reichspräsidenten über die Auffassung in den verschiedenen Parteilagern zu unterrichten. In ein wirklich aktives Stadium kommen die Verhandlungen über die Regierungsbildung erst in dem Augenblick, in dem die Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers sichtbar wird. Bis dahin wird z. B. das Zentrum sich seine Stellungnahme vorbehalten. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Reichspräsident die Absicht hat, mit der Kabinettsneubildung eine Persönlichkeit zu betrauen, die nicht direkt parteipolitisch gebunden ist.

*

Die Berliner Presse zum Rücktritt Brünings

Berlin, 30. Mai. Der **„Abend“** schreibt, der Reichspräsident stellt sich selber die Aufgabe, eine neue Regierung zu bilden. Diese Aufgabe ist jedoch, so viel man sehen kann, unlösbar. Der Weg, der jetzt betreten ist, führt in Zustände hinein, die mit der Verfassung kaum noch zu decken sind. Auf alle Fälle **muß sich die Sozialdemokratische Partei bereit halten, binnen kurzem den größten und entscheidungsschwersten Reichstagskampf zu führen,** der jemals bisher in der Geschichte der deutschen Republik dagewesen ist.

Das **„Berliner Tageblatt“** betont ebenfalls, daß die **Möglichkeit von Reichstags-Neuwahlen** bestehe. Brüning sei zurückgetreten, weil der Reichspräsident unter dem Einfluß von Kräften, die vor allem hinter der Szene gewirkt hätten, andere Wege gehen wolle, als der Weg mit Brüning gegangen sei. Was jetzt beginne, sei in jedem Falle ein Experiment mit ungewissem Ausgange.

Der **„Angriff“** nennt den Rücktritt die Folge des Oldenburger Wahlsieges. Die Stunde der NSDAP. sei gekommen. Noch habe der Reichstag das Wort.

Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung“** meint, daß der Rücktritt erfolgt sei, weil seit dem politisch unglaublich kurzsichtigen Verbot der SA-Abteilungen eine Spannung zwischen Regierung und Reichspräsident bestanden habe, die gelöst werden mußte.

Die **„Germania“** sagt, die neue Lage stellt den Reichspräsidenten vor eine außerordentlich schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Lage Deutschlands ist jedenfalls so, daß ohne jeden Zeitverlust eine handlungsfähige Regierung gebildet werden muß, und man darf erwarten, daß alles geschieht, um dieser lebenswichtigen Forderung Rechnung zu tragen. Die politischen Konsequenzen, die sich aus dem heutigen Vorgang ergeben, müssen jedenfalls in den allernächsten Tagen restlos geklärt sein.

Die **„Deutsche Tageszeitung“** fordert, daß jetzt die Lösungen gesucht und gefunden werden müßten, deren Notwendigkeiten über Gebühr lange geleugnet worden seien.

Der **„Lokalanzeiger“** ist der Auffassung, daß das Vertrauensverhältnis, das bisher zwischen Hindenburg und Brüning bestand, die Grundlage des bisherigen Kabinetts seit mindestens einem Jahre gebildet habe, nicht mehr vorhanden sei. Daraus ergäben sich, wenn der Reichspräsident aus dieser Tatsache wirklich die richtigen Folgerungen ziehe, politische Auswirkungen, die auf einen **völligen Systemwechsel** in Deutschland hinauslaufen müssen.

Die **„Vossische Zeitung“**, die darauf hinweist, daß bei der Trennung des Reichspräsidenten von seinem Kanzler ganz entscheidend die Frage der Osthilfe mitgesprochen habe, meint, Brüning sei nicht darum gefallen, weil er nicht der Kanzler einer nationalsozialistisch stark durchsetzten Regierung sein wollte.

Der **„Börsencourier“** führt aus, im allgemeinen Zusammensturz bleibe vorläufig nur der Reichspräsident. Ein Zwischenzustand kaum mehr erträglicher Art ende an seinem inneren Widerspruch. Welcherlei Anfang damit gemacht sei, wisse heute noch niemand zu sagen.

*

Die Bayerische und die Deutsche Volkspartei zum Rücktritt Brünings.

T.U. **München**, 30. Mai. Zum Rücktritt Brünings schreibt die „Bayerische Volksparteikorrespondenz“: Die Zerstörung der Basis, von der das sogenannte System Brüning getragen wurde, lasse nur noch den Weg des Experiments einer Rechtsregierung übrig. Blieben die neuen Männer den Befähigungsnachweis schuldig, dann treibe Deutschland mit Riesenschritten jener chaotischen Verwirrung entgegen, die gerade durch die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten verhindert werden sollte. Es stehe in diesem Augenblick alles auf dem Spiel, was Dr. Brüning in den zwei Jahren seiner dornenvollen Kanzlerschaft mühsam an positiven Werten geschaffen habe. Der Abgang Dr. Brünings geschehe in einer Form und unter Umständen, von denen man hätte wünschen können, daß sie sowohl Dr. Brüning wie Hindenburg erspart geblieben wären. Dr. Brüning, der weitaus stärkste Kanzler des neuen Deutschland, hätte wahrlich ein besseres Los verdient. Doch das Kapitel Brüning sei in der deutschen Geschichte noch nicht zu Ende geschrieben. Es sei gut und beruhigend, zu wissen, daß es nunmehr außerhalb der Regierung einen Dr. Brüning in Deutschland gebe.

T.U. **Berlin**, 30. Mai. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt zum Rücktritt Brünings: Das große politische Ereignis, das sich nach der Rückkehr des Reichspräsidenten aus Neudeck vollzog, komme um ungefähr ein Jahr zu spät. Das zweite Kabinett Brüning hinterlasse das Reich und die Wirtschaft in einem Zustande, der grau in grau beschaffen sei. Es werde nicht vom Reichstag gestürzt, sondern ging, weil es in sachlicher Beziehung vom Reichspräsidenten nicht mehr gedeckt wurde. Niemand werde dem Reichskanzler bestreiten wollen, daß er ein Mann von außergewöhnlichen Fähigkeiten und Qualitäten ist. Ob er sie immer an der richtigen Stelle anwenden konnte, sei dabei eine andere Frage, die mit seiner Arbeitsüberlastung zusammenhing. Man könne ein Volk nicht jahrelang nur mit Notverordnungen und mit der Nüchternheit rauher Tatsachen abspeisen. Ein anderer Mann als Brüning hätte aus der Tatsache, daß die Nationalsozialisten auf 40 v. H. der Wählerschaft angewachsen seien, außenpolitisches Kapital zu schlagen gewußt. Er hätte diese sich wild gebärdende Bewegung auch innenpolitisch für den Staat einspannen können. Vielleicht hätten die 2½ Jahre Brüning'scher Politik soviel versäumt, daß manches nicht mehr zu retten und nicht mehr einzuholen sei. Gewiß scheine uns nur folgendes: mit Parteigeist (ob von rechts oder von links) seien Aufgaben der Gegenwart nicht zu meistern. Das mögen sich alle merken, die sich an dem Rätselraten über Brünings Nachfolge beteiligen.

*

„Der Sprung ins Dunkle“. — Die „Germania“ zum Rücktritt Brünings.

T.U. **Berlin**, 30. Mai. Unter der Ueberschrift „Der Sprung ins Dunkle“ nimmt die „Germania“ zu dem Rücktritt des Kabinetts Brüning wie folgt Stellung: „Dieses Kabinett, zwei Jahre hindurch Träger einer Politik, die Deutschland inmitten der größten Krise aller Zeiten vor dem hoffnungslosen Absturz bewahrte, ist einer dunklen Krisenatmosphäre erlegen, die vorher bereits das Opfer des Reichswehrministers Groener gefordert hatte, einer Atmosphäre, die seit vielen Wochen die mühevolle Arbeit der Reichsregierung ungeheuer erschwerte und schließlich auch ihre Existenz entscheidend berühren mußte. Das Ausscheiden Brünings ist ein Vorgang von europäischer, ja von weltweiter Resonanz. So ist über Nacht in Deutschland eine Situation entstanden, die von allen maßgebenden Führern, wenn sie nicht zum großen Schaden unseres Landes auslaufen soll, ein ungewöhnliches Maß von Besonnenheit und Verantwortungsbewußtsein fordert. Der jetzige Zeitpunkt ist zweifellos alles andere als günstig. Die Krise des Kabinetts Brüning ist mehr als eine Kabinettskrise. Man hat einen kühnen Sprung gewagt von einem Schiffe, das gewiß keine leichte Fahrt hatte, ohne zu wissen, ob der Fuß auch einen sicheren Boden erreichen wird. Es hat in Deutschland geruhige

Zeiten gegeben, in denen die Regierungskrise sozusagen permanent war und ein Sprung ins Dunkle ohne großes Risiko gewagt wurde. Die Verhältnisse in Deutschland sind jedoch heute so, daß niemand der jetzt beginnenden politischen Entwicklung mit einer solchen Gelassenheit zuschauen kann, sondern jedermann von Sorge darüber erfüllt ist, ob es gelingen wird, das einer starken Hand entglittene Steuer des Reiches wieder einem Manne anzuvertrauen, der den gewöhnlichen Aufgaben unserer Zeit voll gewachsen ist. Man darf der Persönlichkeit des Reichspräsidenten das unerschütterliche Vertrauen entgegenbringen, daß er aus dieser ernsten Lage einen Weg finden wird, der auf der Grundlage des bisher Geschaffenen und in schwerster Zeit Erhaltenen eine konstituierliche Fortentwicklung der deutschen Politik unter Verzicht auf alle gefährlichen Experimente bringen wird. Mit Reichskanzler Dr. Brüning scheidet ein Mann aus der Führung des Reiches, der die deutsche Politik wie keiner seiner Vorgänger aus einem schöpferischen Geiste herausgestaltet hat. Er verläßt jetzt das Amt als ein Staatsmann von internationalem Rufe, als ein Kanzler, dessen Wirken in den schwersten und entscheidensten Nachkriegsjahren der Geschichte angehören wird. Der Erfolg seiner Arbeit ist kurz gesagt der, daß Deutschland heute noch lebt, daß es unter dem Ansturm einer verheerenden Krise noch nicht zusammengebrochen ist und die Hoffnung haben darf, bei einer Fortsetzung der bisherigen sachlichen Politik die großen internationalen Entscheidungen in einem guten Sinne herbeizuführen.

*

Erster Eindruck in London

London, 30. Mai „Es würde eine Tragödie allergrößten Ausmaßes sein, wenn Dr. Brüning stürzen und wenn Deutschland in Lausanne die Politik Hitlers vertreten würde", so schreibt heute mittag noch in einem Leitartikel das Abendblatt „Star", das ein paar Seiten weiter in seinem Nachrichtenteil den Rücktritt des deutschen Reichskanzlers veröffentlicht. In einem Berliner Telegramm über den Rücktritt Brünings heißt es: Die daraus entstehende Lage ist von großem Ernst für Deutschland und muß schwere Rückwirkungen für Europa haben. Sie bedeutet, daß am Vorabend der Lausanner Konferenz Deutschland in eine politische Krise allererster Größe gestürzt wird.

Pariser Pressestimmen zum Rücktritt Brünings

Paris, 30. Mai. Zur Demission des Reichskabinetts schreibt **„Temps"**, der Reichskanzler stürzte unter den Schlägen, die die Rechtsparteien mit der Militärkamarilla verabredet hätten. Wenn man nicht direkt zu einer Diktatur-Regierung übergehe, sei es wahrscheinlich, daß die Auflösung des Reichstages der Demission des Reichskanzlers folge.

„Journal des Debats" erklärt, Reichskanzler Brüning sei zurückgetreten, obwohl er den Nationalsozialisten Zugeständnisse gemacht habe. Er werde von der Hitlerbewegung hinweggespült. Der Sturz Brünings werde an dem deutschen Programm nichts ändern; er werde aber einen Wechsel in der Methode ermöglichen. Brüning sei ein Friedensapostel nach der Art des Bismarckschülers Dr. Stresemann gewesen. Seine letzte Rede bezüglich des Verlangens Deutschlands, nichts zu bezahlen und frei zu richten, sei scharf und wagemutig gewesen. Trotzdem habe Brüning dem neuen Deutschland nicht genügen können.

Die nationalistische **„Liberte"** schreibt: Gleichviel, welche Regierungskoalition nunmehr in Berlin zustande komme, Frankreich wisse, daß es sich künftig dem Herren Deutschlands, nämlich Hitler, gegenüber befinde. Es sei vielleicht besser, daß die wirklichen Beauftragten Hitlers Deutschland auf der Abrüstungskonferenz und auf der Lausanner Konferenz verträten.

*

Der Eindruck in Rom. — Noch keine Auslassungen der Presse.

T.U. **Rom,** 30. Mai. Der Wahlsieg der Nationalsozialisten in Oldenburg hat in Italien großen Eindruck hervorgerufen, desgleichen wird die Nachricht über den Rücktritt des Kabinetts Brüning in großer Aufmachung, zunächst allerdings kommentarlos, von allen Blättern gebracht.

*

Hindenburg und die Fraktionsführer

Berlin, 30. Mai. Nach dem Rücktritt des Kabinetts Brüning empfing der Reichspräsident zunächst heute nachmittag um 5 Uhr den Reichstagspräsidenten Löbe, um seine Auffassung über die parlamentarischen Aussichten für die Neubildung des Kabinetts zu hören. Daran hat sich, wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. erfährt, um 5.30 Uhr ein Empfang der sozialdemokratischen Parteiführer Wels und Dr. Breitscheid beim Reichspräsidenten angeschlossen. Als nächststarke Reichstagsfraktion sollte dann die nationalsozialistische eingeladen werden. Der Führer dieser Fraktion, Dr. Frick, ist jedoch noch nicht von München in Berlin wieder eingetroffen. Man muß deshalb damit rechnen, daß der Empfang der nationalsozialistischen Parteiführer erst am Dienstag früh zustande kommt.

Adolf Hitler, der im mecklenburgischen Wahlkampf tätig war, ist infolge der Kabinettskrise sofort nach Berlin geeilt und steht bereits für die Unterredung mit dem Reichspräsidenten zur Verfügung. Weitere Besprechungen Hindenburgs mit Parteiführern werden sich dann am Dienstag vormittag anschließen. Die Fraktionen des Reichstages werden in der Reihenfolge ihrer Stärke empfangen werden. Man nimmt an, daß die Besprechungen noch den ganzen morgigen Tag in Anspruch nehmen werden.

Sozialdemokraten bei Hindenburg

Berlin, 30 Mai. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. meldet, setzte der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Montag abend nach dem Empfang des Reichstagspräsidenten **Löbe** und der Abgeordneten **Wels** und Dr. **Breitscheid** durch den Reichspräsidenten seine Beratungen fort. Die beiden Abgeordneten erstatteten Bericht über ihre Unterredung mit dem Reichspräsidenten. Beschlüsse sind, wie verlautet, vom Vorstand nicht gefaßt worden; sie bleiben der Fraktion selbst vorbehalten, die am Mittwoch nachmittag zusammentritt.

Hitler und Goering bei Hindenburg

Berlin, 30. Mai. Nach dem Besuch der Führer der Sozialdemokraten empfing Reichspräsident von Hindenburg als Vertreter der nationalsozialistischen Partei **Adolf Hitler** und den Reichstagsabgeordneten **Goering.** Der Reichspräsident wird seine Aussprache mit den Parteiführern am Dienstag vormittag durch den Empfang der deutschnationalen Vertreter und der Führer der übrigen Parteien, die nach der Stärke ihrer Fraktionen vorgemerkt sind, fortsetzen.

*

Falsche Kombinationen über Kanzlerkandidaten.

T.U. **Berlin,** 30. Mai. In unterrichteten Berliner Kreisen nimmt man an, daß alle Mutmaßungen über die Persönlichkeiten, die für das Amt des künftigen Reichskanzlers in Frage kommen, verfrüht sind. Der Reichspräsident wird zweifellos seine Entscheidung erst fällen, nachdem er einwandfrei festgestellt hat, welche Persönlichkeit in der Lage ist, die von ihm erstrebte überparteiliche Regierung mit der entsprechenden parlamentarischen Grundlage zu bilden. Vorher ist infolgedessen auch keine Entscheidung möglich. Die Entscheidung wird voraussichtlich erst am Mittwoch vormittag fallen, weil noch der ganze Dienstag durch Besprechungen mit den Parteiführern angefüllt sein wird.

Freiher von Gayl, der vielfach in der Presse als Kanzlerkandidat genannt wird, legt Wert auf die Feststellung, daß mit ihm bisher keine Verhandlungen geführt worden sind und daß daher alle Gerüchte über seine Kandidatur nicht den Tatsachen entsprechen. Ebenso ist festzustellen, daß bisher irgendwelche Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister Dr. Bracht und dem Präsidenten Brandes nicht geführt worden sind.

*

Neuwahlen im Herbst?

T.U. **Berlin,** 30. Mai. Ueber die Entwicklung der Lage auf Grund der bisherigen Parteiführerbesprechungen werden verschiedene Gerüchte verbreitet. Die „D.A.Z." berichtet u. a., daß die Frage der Neuwahlen in den Vordergrund getreten sei. Der Reichspräsident sei offenbar von sich aus grundsätzlich zu dem Entschluß gelangt, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, um auf diesem Wege volle Klarheit in der innenpolitischen Entwicklung herbeizuführen. Die Neuwahlen würden selbstverständlich mit Rücksicht auf die schwierige außenpolitische Lage nicht sofort vorgenommen werden. Es sei vielmehr anzunehmen, daß sie erst im Herbst stattfinden sollen. Das neue Kabinett würde dann die Funktion eines Treuhänders übernehmen, der bis zur neuen Befragung des Volkes die Macht zu verwalten hätte, und zwar gestützt auf eine möglichst breite parlamentarische Konstellation. Es erscheine durchaus denkbar, daß die Nationalsozialisten einem solchen Uebergangskabinett ihre Unterstützung geben. Darüber hinaus würde es allerdings auf die Tolerierung des Zentrums angewiesen sein, die man zu gewinnen hoffe.

Ueber die Besprechung des Reichspräsidenten mit den sozialdemokratischen Parteiführern erfährt der „Vorwärts" aus parlamentarischen Kreisen, der Reichspräsident habe betont, für ihn sei nach seiner ganzen Vergangenheit der Schutz der Verfassung eine Selbstverständlichkeit. Daraus werde man entnehmen können, daß der Reichspräsident den Wunsch habe, ein Kabinett zu bilden, das mit einer parlamentarischen Mehrheit zu regieren versuche.

*

Dr. Goebbels zum Rücktritt Brünings.

T.U. **Berlin,** 30. Mai. Reichstagsabgeordneter Dr. Goebbels nahm in einer von ungefähr 7000 Amtswaltern besuchten geschlossenen Versammlung der Nationalsozialisten zu den neuesten politischen Vorgängen Stellung. Nachdem Dr. Goebbels einen Ueberblick über die politische Entwicklung der letzten zwei Jahre seit Bestehen des Kabinetts Brüning gegeben hatte, kam er zu dem Schluß, daß durch den Sturz des Kabinetts der grundlegende System- und Kurswechsel in Deutschland eingeleitet worden sei. Vorbedingung sei, daß den Nationalsozialisten nunmehr auch entsprechend dem in allen Wahlen zum Ausdruck gekommenen Volkswillen die Macht in Deutschland gegeben würde. Demzufolge sei es notwendig, daß erst einmal der Reichstag aufgelöst würde, um so klare und eindeutige Machtverhältnisse zu schaffen. Voraussetzung für diese Wahlen sei aber, daß sämtliche einschränkenden Notverordnungen hinsichtlich Presseknebelung, S.A.-Verbot usw. aufgehoben würden, um so ein unbeinflußtes Bild der wahren Volksmeinung in Deutschland zu bekommen. Weiter wandte sich Dr. Goebbels der Frage zu, wie nunmehr die Verhältnisse in Preußen gestaltet würden. Hier führte er u. a. aus daß durch die letzten Notverordnungen das Eigenleben der Länder so beschnitten worden sei, daß eine Aenderung nur über das Reich durchgeführt werden könne. Koalitionen könnten von Nationalsozialisten nur dann eingegangenen werden, wenn sie die Gewähr hätten, daß die grundlegenden programmatischen Forderungen der Nationalsozialisten zur Ausführung gelangten.

*

Eine weitere Stimme zum Rücktritt Brünings.

T.U. **Königsberg,** 31. Mai. Unter der Ueberschrift „Jetzt keine Halbheiten" beschäftigt sich die „Königsberger Allgemeine Zeitung" eingehend mit dem Rücktritt des Kabinetts Brüning und betont, es werde damit vielleicht wahrhaft der von Millionen glühend herbeigesehnte Wechsel des Systems eingeleitet. Dem Kabinett Brüning sei es nicht gelungen, Brot und Arbeit zu schaffen und daran sei es schließlich gescheitert. Seit langem sei es der Wunsch des Reichspräsidenten gewesen, ein Kabinett der nationalen Sammlung ans Ruder zu bringen. Die Stunde für diese Aufgabe sei gekommen. Es müsse dem Wunsch der Nationalsozialisten, die Verantwortung zu übernehmen, entsprochen werden. Eine „Zwischenlösung" sei abzulehnen. Das Gebot der Stunde sei ein Kabinett der nationalen Konzentration. Nur so sei die heillos verfahrene Lage auch in Preußen zu lösen. Diejenigen, die es verstanden hätten, die Massen des Volkes an sich zu ziehen, müßten, jetzt die Verantwortung übernehmen und ihre Berufung zum Führertum durch die Tat beweisen.

Parteitag der französischen Sozialisten

Die Frage der Regierungsbildung

Paris, 30. Mai. Der Sozialistische Parteitag, der die Stellungnahme der Partei zur Regierungsbildung entscheiden soll, ist außerordentlich stark besucht. Nach Erledigung der Förmlichkeiten der Nachprüfung der Mandate begann sofort die **Aussprache über die Frage der Beteiligung an einer Regierung.** Es kamen die verschiedenartigsten Standpunkte zum Ausdruck. Im allgemeinen traten die meisten Redner für die bedingte Beteiligung ein. Auch die Frage der Außenpolitik wurde von einem der Delegierten angeschnitten. Er erklärte, Herriot habe gesagt, **Frankreich dürfe angesichts eines Hitler-Deutschlands nicht abrüsten.** Es sei vielleicht klug, wenn dies auch die Sozialisten erklärten, denn wenn die Sozialistische Partei die Herabsetzung der Rüstungen fordere, so doch sicherlich nicht, um dem Hitler-Deutschland zu gestatten, sich auf das Terrain der Rüstungsgleichheit zu stellen. Das müsse erklärt werden, um ein Mißverständnis zu vermeiden, das später gegen die Sozialistische Partei ausgebeutet werden könne. Der Delegierte des Seinedepartements, Zyronsky, sprach sich **gegen die Beteiligung** der Sozialisten an einer Regierung aus. Er verlangte für seine Freunde ein klares, bestimmtes Programm, das die Möglichkeit jeder Beteiligung ausschalte. Einzelne Redner machten auch den Radikalen zum Vorwurf, daß sie absichtlich die Tagung ihres Vollzugsausschusses so spät angesetzt hätten, daß sie den Sozialisten keine Andeutung über ihre eigentlichen Wünsche bei der Regierungsbildung hätten geben können.

Der sozialistische Abgeordnete Vincent **Auriol** hat **eine Entschließung** über die Bedingungen ausgearbeitet, unter denen die Sozialisten bereit wären, sich mit den Radikalen an der Regierung zu beteiligen. Dieses Programm sieht in erster Linie den Ausschluß derjenigen Parteien von der Regierungsbildung vor, die die Regierung Tardieu-Laval unterstützt haben. In **außenpolitischer Hinsicht** tritt die Entschließung für eine „Organisierung des Friedens durch Verständigung der Völker" sowie für allgemeine Abrüstung durch Herabsetzung der Ausgaben für militärische Zwecke ein. Die von den Sozialisten geforderte Einschränkung der Militärausgaben wird also in diesem Kompromißvorschlag nicht wie bisher als selbständige Initiative, sondern nur als Bestandteil einer allgemeinen Abrüstungskonvention empfehlen. Die bekannten finanz- und wirtschaftspolitischen Forderungen der Sozialisten sind dagegen unverändert geblieben.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[20

„Du brauchst dich nicht zu quälen, mein lieber Junge. Ich pflege nie zu bereuen, was ich tue. Und ich kann mich auch auf meine Menschenkenntnis verlassen. Was ich in deinen Augen lese, gefällt mir. Ich weiß, daß du der richtige Mensch für mich bist."

Der Mann küßte Ellinors Stirn. Willig ließ sie es geschehen.

Sie wußte: sie spielte ein gewagtes Spiel mit einem vornehmen Herzen. Aber, sie konnte nicht anders; es war Selbsterhaltungstrieb. Die Stunde würde kommen, wo sie ihm beichten konnte; und er würde alles einsehen und alles verzeihen, ihr großer, edler Bruder, den sie jetzt schon anbetete!

So kam es, daß Ellinor Grey mit dem amerikanischen Petroleumkönig George Frank nach Amerika fuhr.

Von jetzt an ging die Reise viel zu schnell für Ellinor. Es war so schön auf dem Schiff, unter der Obhut des neuen Bruders, und sie war restlos glücklich.

Nur wenn sie an die Landung dachte, an die Zukunft, wurde Ellinor immer wieder bange. Aber ein Zurück gab es jetzt nicht mehr.

Und sie wollte auch nicht mehr zurück. Zu sehr hatte sie sich in diesen Tagen an George Frank gewöhnt, an seine Liebe, an seine Fürsorge. Etwas Neues, unendlich Schönes war in ihr Leben getreten, das das Grauenvolle auslöschte, was ihr in der letzten Zeit begegnet war.

Man war nahe am Ziel. In leichten Dunst gehüllt, tauchte in der Ferne der Hafen von Neuyork auf.

Ellinor und Frank standen zusammen an der Reling und sahen der immer näher kommenden Stadt entgegen. Schon war das Freiheitsstandbild ganz nahe beim Schiff.

„Siehst du, John", sagte George Frank, „das ist die Freiheitsstatue, die ihre Fackel schwingt über dem Hafen von Neuyork, sichtbar und mahnend für alle, die unser Land betreten.

Und doch ist das Sinnbild nicht echt. Man ist auch in Amerika nicht frei und ist ebenso gebunden wie anderswo. Frei ist nur der, der die Taschen gefüllt hat, hier wie allerorts. Ich kenne den Kampf ums Glück. Und ich bin glücklich, ihn dir ersparen zu können.

Es ist nicht auszudenken, wenn du jetzt hilflos hier ankommen würdest. Nach wenigen Tagen schon wärest du untergegangen; du hättest diesen schrecklichen Kampf nicht lange ausgehalten. Und ich hatte mir vorgenommen, über dich zu wachen, auch wenn du dich nicht zu mir gefunden hättest."

Dankbar drückte Ellinor dem großen Manne die Hand.

In Hoboken gingen sie von Bord. Auf dem Pier wimmelte es von Menschen, die den Ankommenden mit lachenden oder ernsten Gesichtern entgegenschauten.

Jetzt kam das alte Mütterchen und lag schon in den Armen eines blonden Hünen, der mit seiner kleinen, schwarzlockigen Frau gekommen war, die geliebte Mutter zu empfangen.

Lachend zeigte der große Mensch seine weißen Zähne, während der alten Frau die hellen Freudentränen über die runzligen Wangen liefen.

Ellinor sah der rührenden Szene mit großen Augen zu, so lange, bis auch sie von einem starken Arm umschlungen und fortgeführt wurde, von jenen Armen, die sie fortan behüten und leiten würden.

Dort drüben stand George Franks Auto, das die Ankommenden nach Franks Neuyorker Wohnung führte, durch den Broadway hindurch, um in einer der schönsten Avenues zu halten.

„Willkommen zu Hause, John!" sagte George Frank, als sie das schöne Haus betraten, und mit diesen Worten begann ein neues Leben für Ellinor, das voller Geheimnisse war und voller neuer Erregungen.

Sechstes Kapitel.

Im Grand Opera House begann jetzt, wie alljährlich, die „season" der Neuyorker Gesellschaft, mit einer Opernaufführung, in der ein weltberühmter Sänger auftrat. In der engen vierzigsten Straße staute sich eine Menschenmenge vor dem Operngebäude, um wenigstens einen Blick zu erhaschen von der Pracht, die sich drinnen in dem Raum versammeln würde. Wußte man doch, daß diejenigen, die sich zur Neuyorker Gesellschaft rechneten, an diesem Abend vollzählig hier erscheinen würden, und daß es etwas zu sehen gab an Toiletten, Pelzen und Juwelen.

Der Petroleumkönig George Frank und sein jüngerer Bruder John Frank-Murray waren gerade durch das Portal getreten und stiegen jetzt zu den Logenringen empor.

Die beiden in der Gesellschaft allgemein beliebten Herren wurden von allen Seiten lebhaft begrüßt, als sie in die zweite Mittelloge des ersten Ringes traten.

Drei Damen saßen bereits auf den Vorderplätzen, und George und John beugten sich zu ihnen, ihnen die Hand zu küssen.

„Oh, kommen Sie, Mister John! Solange haben Sie auf sich warten lassen! So, jetzt setzen Sie sich aber zu mir. Ich habe den Platz für Sie reserviert. Gleich wird es anfangen, und ich habe mich gar nicht mit Ihnen unterhalten können, Sie unpünktlicher Mensch!"

„Ich glaube, Mabel, du bist etwas selbstsüchtig, wenn du Mister Frank ganz für dich in Beschlag nehmen willst."

Eine Blondine sagte es etwas vorwurfsvoll zu dem hübschen, jungen Mädchen, das immer noch eifrig auf John einsprach. Dann wandte sie sich zu John:

„Weshalb haben Sie uns heute nachmittag eigentlich umsonst warten lassen, Mister John? Hatte sich das Befinden Ihres Arabers so verschlechtert, daß Sie deshalb die geplante Tour nach Paterson aufgeben mußten? Ich hätte Ihnen so gern meinen neuen Mercedes vorgeführt."

(Fortsetzung folgt.)